

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. April 1973
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
über die Sozialversicherung von Arbeitnehmern,
die in das Gebiet des anderen Staates vorübergehend entsandt werden**

A. Zielsetzung

Im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen werden in zunehmendem Maße Arbeitnehmer zur Erledigung von Arbeiten vorübergehend in das andere Land entsandt. Das vorliegende Abkommen soll die sich hieraus ergebenden Probleme im Bereich der Sozialversicherung regeln.

B. Lösung

Vermeidung der Doppelbesteuerung dadurch, daß die entsandten Arbeitnehmer in dem Sozialversicherungssystem ihres Heimatlandes eingegliedert bleiben. Sicherstellung ärztlicher Betreuung im Krankheitsfall bei vorübergehendem Aufenthalt im anderen Land.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (IV/3) — 806 06 — So 27/73

Bonn, den 18. Februar 1974

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. April 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Sozialversicherung von Arbeitnehmern, die in das Gebiet des anderen Staates vorübergehend entsandt werden mit Begründung. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens mit Schlußprotokoll in deutscher und polnischer Sprache und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigelegt.

Federtführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 401. Sitzung am 15. Februar 1974 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzesentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Brandt

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. April 1973
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
über die Sozialversicherung von Arbeitnehmern,
die in das Gebiet des anderen Staates vorübergehend entsandt werden**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 25. April 1973 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Sozialversicherung von Arbeitnehmern, die in das Gebiet des anderen Staates vorübergehend entsandt werden, sowie dem dazugehörenden Schlußprotokoll vom 25. April 1973 wird zugestimmt. Das Abkommen und das Schlußprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) In den Fällen des Artikels 7 Abs. 3 des Abkommens haben die Träger der Unfallversicherung dem Träger der Krankenversicherung, der die Sachleistungen erbracht hat, die Kosten für diese Leistungen zu erstatten, die nach Ablauf des 18. Tages nach dem Arbeitsunfall entstehen. Aus-

genommen sind die Kosten der Krankenpflege (§ 182 Abs. 1 Nr. 1 RVO).

(2) Die Kosten werden zu gleichen Teilen auf alle Träger der Unfallversicherung umgelegt. Dies gilt auch für die Aufwendungen der Erstversorgung nach Artikel 10 Abs. 1 des Abkommens. Die Erstattung und Umlage führt der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. durch.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 17 Abs. 2 und das Schlußprotokoll nach seinem Artikel 6 Satz 2 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Abkommen auch das Verwaltungsverfahren der zuständigen Träger betrifft, die weitgehend Behörden der Länder darstellen.

Zu Artikel 2

Absatz 1 sieht für die dort vorgesehenen Fälle eine Lastenverteilung zwischen der Krankenversicherung und der Unfallversicherung vor. Sie entspricht der innerstaatlichen Regelung des § 1504 RVO.

Nach Absatz 2 werden die Sachleistungen zu gleichen Teilen auf alle Träger der gesetzlichen Unfallversicherung umgelegt. Der zu erwartende niedrige Betrag rechtfertigt dieses pauschale Umlageverfahren. Die an sich gerechtere Methode nach einem

differenzierten Umlageschlüssel erfordert einen zu großen Verwaltungsaufwand.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 17 Abs. 2 und das Schlußprotokoll nach seinem Artikel 6 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
über die Sozialversicherung von Arbeitnehmern,
die in das Gebiet des anderen Staates vorübergehend entsandt werden

Umowa
między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową
o ubezpieczeniu społecznym pracowników wysłanych
przejściowo na obszar drugiego Państwa

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Volksrepublik Polen

VON DEM WUNSCH GELEITET, die gegenseitige Zusammenarbeit zu fördern und Probleme, die sich auf dem Gebiet der Sozialversicherung ergeben, zu regeln,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Für die Anwendung dieses Abkommens bedeuten die nachstehenden Begriffe

(1) „Rechtsvorschriften“

Vorschriften, soweit sie sich auf die in Artikel 2 genannten Bereiche beziehen, nämlich

für die Bundesrepublik Deutschland

die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und Durchführungsvorschriften,

für die Volksrepublik Polen

die Gesetze sowie die Verordnungen und alle anderen Durchführungsvorschriften zu Gesetzen;

(2) „Zuständige Behörde“

für die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

für die Volksrepublik Polen den Minister für Arbeit, Löhne und Sozialangelegenheiten;

(3) „Entsandter Arbeitnehmer“

einen Arbeitnehmer, der von seinem Arbeitgeber in das Gebiet der anderen Vertragspartei vorübergehend entsandt und von diesem Arbeitgeber entlohnt wird;

(4) „Entsendestaat“

den Staat, in dessen Gebiet der Arbeitgeber des entsandten Arbeitnehmers seinen Sitz hat;

(5) „Beschäftigungsstaat“

den Staat, in dessen Gebiet der Arbeitnehmer entsandt wird;

(6) „Verbindungsstellen“

die von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien bestimmten Stellen.

Republika Federalna Niemiec
i

Polska Rzeczpospolita Ludowa,

KIEROWANE PRAGNIENIEM rozwijania wzajemnej współpracy i uregulowania problemów wyłaniających się w dziedzinie ubezpieczeń społecznych,

UZGODNIŁY CO NASTĘPUJE:

Artykuł 1

Dla celów stosowania niniejszej Umowy poniższe pojęcia oznaczają:

1. „Przepisy prawne“

przepisy obowiązujące w dziedzinach wymienionych w artykule 2, a w szczególności

w Republice Federalnej Niemiec:

ustawy, rozporządzenia, statuty i przepisy wykonawcze;

w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej:

ustawy jak również rozporządzenia oraz wszystkie inne przepisy wykonawcze do ustaw;

2. „Właściwa władza“

dla Republiki Federalnej Niemiec — Federalnego Ministra Pracy i Spraw Socjalnych,

dla Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej — Ministra Pracy, Płac i Spraw Socjalnych;

3. „Pracownik wysłany“

pracownik wysłany przejściowo przez swego pracodawcę na obszar drugiej Umawiającej się Strony i wynagradzany przez tego pracodawcę;

4. „Państwo wysyłające“

Państwo, na obszarze którego ma swoją siedzibę pracodawca pracownika wysłanego;

5. „Państwo zatrudnienia“

Państwo, na obszar którego pracownik został wysłany;

6. „Instytucje łącznikowe“

instytucje, które będą ustalone przez właściwe władze Umawiających się Stron.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen bezieht sich hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland auf die Rechtsvorschriften über:

- a) Krankenversicherung
- b) Unfallversicherung
- c) Rentenversicherung;

hinsichtlich der Volksrepublik Polen auf die Rechtsvorschriften über:

- a) die Versicherung für den Fall der Krankheit und Mutterschaft
- b) die Altersversorgung von Arbeitnehmern einschließlich der besonderen Versorgungssysteme für Bergleute und Eisenbahner und des besonderen Rentensystems für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten
- c) Familienversicherung.

(2) Dieses Abkommen findet auch auf alle Rechtsvorschriften Anwendung, durch welche die in Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften zusammengefaßt, geändert oder ergänzt werden.

(3) Als Rechtsvorschriften nach Absatz 1 gelten nicht

- a) die Abkommen einer Vertragspartei, die mit dritten Staaten geschlossen sind, oder Rechtsvorschriften, die zur Anwendung dieser Abkommen erlassen sind;
- b) solche, die von einer zwischenstaatlichen Einrichtung erlassen sind, deren Mitglied eine Vertragspartei ist.

Artikel 3

Die Versicherungspflicht eines Arbeitnehmers richtet sich, soweit die Artikel 4 bis 6 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Gebiet er beschäftigt ist.

Artikel 4

(1) Entsandte Arbeitnehmer unterstehen für die Dauer von 24 Monaten, beginnend mit der Ankunft im Gebiet des Beschäftigungsstaates, den Rechtsvorschriften des Entsendestaates, als wären sie in diesem Gebiet beschäftigt; dieser Zeitraum ist länger, sofern die Rechtsvorschriften des Entsendestaates dies vorsehen.

(2) Auf diese entsandten Arbeitnehmer finden für die Dauer von 24 Monaten, beginnend mit der Ankunft im Gebiet des Beschäftigungsstaates, die Rechtsvorschriften dieses Staates keine Anwendung.

(3) Die in Absatz 2 genannte Zeitdauer kann auf Antrag des Arbeitgebers mit Einverständnis des betreffenden Arbeitnehmers durch die zuständige Behörde des Beschäftigungsstaates verlängert werden. Für die Dauer der Verlängerung findet Absatz 1 Anwendung.

(4) Der Verlängerungsantrag ist bei der zuständigen Behörde des Entsendestaates einzureichen. Diese leitet den Antrag an die zuständige Behörde des Beschäftigungsstaates mit der Bestätigung weiter, daß der betreffende Arbeitnehmer mit der Verlängerung einverstanden ist.

Artikel 5

Dieses Abkommen betrifft nicht Personen, die unter das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen fallen.

Artikel 6

(1) Die zuständigen Behörden können auf Antrag des Arbeitgebers für einzelne Arbeitnehmer oder für Gruppen von Arbeitnehmern Ausnahmen von den Artikeln 3 bis 5 vereinbaren.

Artykuł 2

1. Niniejsza Umowa obejmuje:

w Republice Federalnej Niemiec przepisy prawne o:

- a) ubezpieczeniu chorobowym,
- b) ubezpieczeniu od wypadków,
- c) ubezpieczeniu emerytalnym.

w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej przepisy prawne o:

- a) ubezpieczeniu na wypadek choroby i macierzyństwa,
- b) zaopatrzeniu emerytalnym pracowników, włącznie ze specjalnymi systemami dla górników i kolejarzy oraz specjalnym systemem rent z tytułu wypadków przy pracy i chorób zawodowych,
- c) ubezpieczeniu rodzinnym.

2. Niniejsza Umowa będzie miała zastosowanie również do wszystkich przepisów prawnych, którymi przepisy prawne wymienione w ustępie 1 zostaną skodyfikowane, zmienione lub uzupełnione.

3. Nie są przepisami prawnymi w rozumieniu ustępu 1:

- a) umowy jednej z Umawiających się Stron zawarte z państwami trzecimi lub przepisy prawne, wydane dla stosowania tych umów,
- b) przepisy wydane przez organizację międzypaństwową, której członkiem jest jedna z Umawiających się Stron.

Artykuł 3

Obowiązek ubezpieczenia pracownika określa się według przepisów prawnych Umawiającej się Strony, na której obszarze pracownik jest zatrudniony, o ile artykuły 4 do 6 nie stanowią inaczej.

Artykuł 4

1. Pracownicy wysłani podlegają przepisom prawnym Państwa wysyłającego przez okres 24 miesięcy, poczynając od daty przybycia na obszar Państwa zatrudnienia, tak jak by byli zatrudnieni na obszarze Państwa wysyłającego; okres ten jest dłuższy, jeżeli przewidują to przepisy prawne Państwa wysyłającego.

2. Do tych pracowników wysłanych nie stosuje się przepisów Państwa zatrudnienia przez okres 24 miesięcy, poczynając od daty ich przybycia na obszar tego Państwa.

3. Okres, o którym mowa w ustępie 2, może być na wniosek pracodawcy, za zgodą zainteresowanego pracownika, przedłużony przez właściwą władzę Państwa zatrudnienia. W okresie przedłużenia stosuje się postanowienia ustępu 1.

4. Wniosek o przedłużenie należy złożyć właściwej władzy Państwa wysyłającego. Władza ta przekazuje wniosek właściwej władzy Państwa zatrudnienia, ze stwierdzeniem, że zainteresowany pracownik zgodził się na przedłużenie.

Artykuł 5

Niniejsza Umowa nie dotyczy osób, które podlegają Konwencji Wiedeńskiej z dnia 18 kwietnia 1961 roku o stosunkach dyplomatycznych.

Artykuł 6

1. Właściwe władze mogą na wniosek pracodawcy uzgodnić wyjątki od stosowania artykułów 3 do 5 do poszczególnych pracowników lub grupy pracowników.

(2) Der in Absatz 1 genannte Antrag ist bei der zuständigen Behörde der Vertragspartei einzureichen, in deren Gebiet der Arbeitgeber seinen Sitz hat.

(3) Der Arbeitgeber oder die in Absatz 2 genannte zuständige Behörde bestätigt, daß der betreffende Arbeitnehmer mit der Ausnahmeregelung nach Absatz 1 einverstanden ist.

Artikel 7

(1) Entsandte Arbeitnehmer, die auf Grund des Artikels 4 von der Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland freigestellt sind, haben das Recht, sich ohne Rücksicht auf ihr Alter und die Höhe ihres Einkommens bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ihres Aufenthaltsortes auf Sachleistungen für den Fall der Krankheit und der Mutterschaft zu ermäßigten Beiträgen zu versichern (Beitrittsrecht). Die Versicherung umfaßt auch die Familienangehörigen, die sich im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhalten.

(2) Der Antrag auf Beitritt ist innerhalb von drei Wochen nach Ankunft im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu stellen. Die Versicherung gilt für die gesamte Zeit des Aufenthaltes. Vorschriften über die Wartezeit für den Anspruch auf Leistungen finden keine Anwendung.

(3) Entsandte Arbeitnehmer, die von ihrem Beitrittsrecht nach Absatz 1 Gebrauch gemacht und einen Arbeitsunfall erlitten haben, erhalten während ihres Aufenthalts im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Sachleistungen durch die für den Aufenthaltsort zuständige Allgemeine Ortskrankenkasse, als ob sie den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland unterständen.

Artikel 8

(1) Entsandte Arbeitnehmer, auf die gemäß Artikel 4 die Rechtsvorschriften der Volksrepublik Polen keine Anwendung finden, sind berechtigt, im Falle der Krankheit und Mutterschaft Sachleistungen in Anspruch zu nehmen gemäß den Bestimmungen, welche die Grundsätze der Inanspruchnahme dieser Leistungen durch Ausländer regeln.

(2) Die Leistungen nach Absatz 1 gewähren die Einrichtungen des Sozialen Gesundheitsdienstes.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden auch auf Familienangehörige Anwendung, die sich im Gebiet der Volksrepublik Polen aufhalten.

Artikel 9

Artikel 7 und 8 gelten entsprechend für Arbeitnehmer, für die eine Vereinbarung nach Artikel 6 getroffen worden ist, und für deren Familienangehörige.

Artikel 10

(1) Entsandte Arbeitnehmer erhalten bei Arbeitsunfällen Erstversorgung nach den Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaates, als ob sie diesen Rechtsvorschriften unterständen.

(2) Arbeitgeber von entsandten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen Trägern und Organisationen des Beschäftigungsstaates zusammenzuarbeiten.

Artikel 11

(1) Zur Durchführung dieses Abkommens
a) können die zuständigen Behörden die hierzu erforderlichen Maßnahmen vereinbaren,

2. Wniosek, o którym mowa w ustępie 1, należy przedłożyć właściwej władzy tej Umawiającej się Strony, na obszarze której pracodawca ma swoją siedzibę.

3. Pracodawca lub właściwa władza wymieniona w ustępie 2 stwierdza, że zainteresowany pracownik wyraża zgodę na wyjątkowe uregulowanie według ustępu 1.

Artykuł 7

1. Pracownicy wysłani, do których na podstawie artykułu 4 nie stosuje się przepisów prawnych Republiki Federalnej Niemiec, mają prawo, bez względu na ich wiek i wysokość zarobku, ubezpieczyć się (prawo przystąpienia) w celu korzystania ze świadczeń rzeczowych w przypadku choroby i macierzyństwa we właściwej dla miejsca ich pobytu „Allgemeine Ortskrankenkasse”, opłacając zmniejszoną składkę. Ubezpieczenie obejmuje również członków rodzin, którzy przebywają na obszarze Republiki Federalnej Niemiec.

2. Wniosek o przystąpienie należy złożyć w ciągu 3 tygodni od daty przybycia na obszar Republiki Federalnej Niemiec. Ubezpieczenie trwa przez cały okres pobytu. Przepisy dotyczące okresu wyczekiwania na świadczenia nie mają zastosowania.

3. Pracownicy wysłani, którzy skorzystali z prawa przystąpienia według ustępu 1 i ulegli wypadkowi przy pracy, otrzymują podczas ich pobytu na obszarze Republiki Federalnej Niemiec świadczenia rzeczowe od właściwej dla miejsca pobytu „Allgemeine Ortskrankenkasse” tak jak gdyby podlegali przepisom prawnym Republiki Federalnej Niemiec.

Artykuł 8

1. Pracownicy wysłani, do których na podstawie artykułu 4 nie stosuje się przepisów prawnych Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, mają prawo w przypadku choroby i macierzyństwa korzystać ze świadczeń rzeczowych, zgodnie z przepisami regulującymi zasady korzystania z tych świadczeń przez cudzoziemców.

2. Świadczeń, o których mowa w ustępie 1, udzielają społeczne zakłady służby zdrowia.

3. Postanowienia ustępu 1 i 2 mają zastosowanie również do członków rodzin, którzy przebywają na obszarze Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej.

Artykuł 9

Postanowienia artykułów 7 i 8 stosuje się odpowiednio do pracowników objętych porozumieniem przewidzianym w artykule 6, oraz do członków ich rodzin.

Artykuł 10

1. Pracownicy wysłani otrzymują w razie wypadków przy pracy pierwszą pomoc według przepisów prawnych Państwa zatrudnienia tak jak gdyby podlegali tym przepisom.

2. Pracodawcy wysłanych pracowników zobowiązani są współpracować w dziedzinie bezpieczeństwa pracy i zapobiegania wypadkom przy pracy z właściwymi w tych sprawach instytucjami i organizacjami Państwa zatrudnienia.

Artykuł 11

1. Dla stosowania niniejszej Umowy właściwe władze:
a) mogą uzgadniać potrzebne do tego środki,

- b) verkehren die zuständigen Behörden unmittelbar miteinander,
- c) unterrichten sich die zuständigen Behörden gegenseitig über die geltende Gesetzgebung über Sozialversicherung sowie über alle späteren Änderungen.

(2) Die zuständigen Behörden legen im gegenseitigen Einvernehmen alle Schwierigkeiten bei, welche die Anwendung oder die Auslegung dieses Abkommens betreffen.

Artikel 12

Die Verbindungsstellen verkehren unmittelbar miteinander und vereinbaren, unbeschadet des Artikels 11, im Rahmen ihrer Zuständigkeit unter Beteiligung der zuständigen Behörden die Verwaltungsmaßnahmen zur Anwendung dieses Abkommens.

Artikel 13

(1) Die Behörden und Träger gewähren sich gegenseitig, erforderlichenfalls durch Vermittlung der Verbindungsstellen, unentgeltlich Amts- und Rechtshilfe bei der Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens sowie für die Entscheidung von Streitfällen im Zusammenhang mit diesem Abkommen.

(2) Schriftstücke, insbesondere Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe dürfen nicht deshalb zurückgewiesen werden, weil sie in der Amtssprache der anderen Vertragspartei abgefaßt sind.

(3) Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Gebiet der anderen Vertragspartei aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

Artikel 14

Urkunden, Dokumente und andere Schriftstücke, die bei der Anwendung dieses Abkommens vorzulegen sind, brauchen nicht durch diplomatische oder konsularische Dienststellen legalisiert zu werden.

Artikel 15

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 16

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei schriftlich gekündigt werden, jedoch nicht später als sechs Monate vor Ablauf des laufenden Kalenderjahres; in einem solchen Falle tritt es mit dem Ablauf dieses Jahres außer Kraft.

Artikel 17

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

- b) porozumiewają się bezpośrednio między sobą.

- c) informują się wzajemnie o obowiązującym ustawodawstwie w dziedzinie ubezpieczenia społecznego, jak również o wszelkich późniejszych zmianach.

2. Wszelkie trudności, dotyczące stosowania lub interpretacji niniejszej Umowy, będą rozstrzygane przez właściwe władze w drodze wzajemnego porozumienia.

Artykuł 12

Instytucje łącznikowe komunikują się bezpośrednio wzajemnie i uzgadniają, nie naruszając artykułu 11, w ramach ich właściwości i z udziałem właściwych władz, środki administracyjne dla stosowania niniejszej Umowy.

Artykuł 13

1. Władze i instytucje udzielają sobie wzajemnie — w miarę potrzeby za pośrednictwem instytucji łącznikowych — bezpłatnie pomocy urzędowej i prawnej przy stosowaniu postanowień niniejszej Umowy, jak również przy rozstrzyganiu przypadków spornych związanych z Umową.

2. Pisma, a w szczególności wnioski, oświadczenia i środki odwoławcze nie mogą być zwracane z tego powodu, że są sporządzone w języku urzędowym drugiej Umawiającej się Strony.

3. Wyroki, decyzje lub inne pisma mogą być doręczane listem poleconym, za zwrotnym potwierdzeniem odbioru, bezpośrednio osobie, która przebywa na obszarze drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 14

Dowody, dokumenty oraz inne pisma, przedkładane przy stosowaniu niniejszej Umowy, nie wymagają legalizacji przez przedstawicielstwa dyplomatyczne lub urzędy konsularne.

Artykuł 15

Stosownie do Czterostronnego Porozumienia z dnia 3 września 1971 roku niniejsza Umowa będzie się rozciągać zgodnie z ustalonymi procedurami na Berlin (Zachodni).

Artykuł 16

Umowa niniejsza zawarta jest na czas nieokreślony. Może być ona wypowiedziana pisemnie przez każdą z Umawiających się Stron, nie później jednak niż na sześć miesięcy przed upływem danego roku kalendarzowego; w takim przypadku utraci moc w końcu tego roku.

Artykuł 17

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji. Dokumenty ratyfikacyjne zostaną wymienione w Bonn tak szybko jak to będzie możliwe

2. Umowa wchodzi w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po upływie tego miesiąca, w którym dokumenty ratyfikacyjne zostaną wymienione.

GESCHEHEN zu Warschau am 25. April 1973 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

NINIEJSZĄ umowę sporządzono w Warszawie w dniu
25 kwietnia 1973 roku w dwóch oryginałach, każdy
w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie
teksty mają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec

Ruete

Für die Volksrepublik Polen
W imieniu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej

Białczyński

Schlußprotokoll**Protokół****Artikel 1**

Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien werden einander die Liste der gemäß Artikel 1 Nummer 6 des Abkommens bestimmten Verbindungsstellen übermitteln.

Artikel 2

(1) Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland, die von polnischen Arbeitgebern nach dem 31. Dezember 1969 bis zum Inkrafttreten des Abkommens für entsandte Arbeitnehmer abgeführt wurden, werden auf Antrag der Verbindungsstelle der Volksrepublik Polen von der Verbindungsstelle der Bundesrepublik Deutschland zurückgezahlt.

(2) Die Rückzahlung der Beiträge erfolgt über die Verbindungsstelle der Volksrepublik Polen. Diese zahlt die Beiträge an den Arbeitnehmer, soweit er sie selbst getragen hat, im übrigen an den Arbeitgeber aus.

(3) Haben entsandte Arbeitnehmer Regelleistungen der Rentenversicherung in Anspruch genommen, so werden die Aufwendungen hierfür von den zurückzahlenden Beträgen abgesetzt.

(4) Mit Eingang der zurückzahlenden Beträge bei der Verbindungsstelle der Volksrepublik Polen erlöschen alle Ansprüche gegen die Träger der Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland aus diesen Beiträgen sowie aus den ihnen zugrunde liegenden Beschäftigungszeiten.

Artikel 3

Für entsandte Arbeitnehmer, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens bereits im Gebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt sind, beginnt die in Artikel 4 Absatz 1 und 2 und Artikel 7 Absatz 2 des Abkommens genannte Frist mit diesem Zeitpunkt.

Artikel 4

Untersteht ein Arbeitnehmer nach Artikel 4 bis 6 des Abkommens nicht

- den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, so finden auf ihn und seinen Arbeitgeber die Vorschriften über das Kindergeld und über die Beitrags- und Umlagepflicht sowie über die Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz keine Anwendung;
- den Rechtsvorschriften der Volksrepublik Polen, so finden weder auf ihn noch auf seinen Arbeitgeber die Vorschriften über die Entschädigung für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten Anwendung.

Artikel 5

Abkommen im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 Buchstabe a des Abkommens sind auch multilaterale Übereinkommen, die für eine der Vertragsparteien verbindlich sind.

Artikel 6

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Sozialversicherung von Arbeitnehmern, die in das Gebiet des anderen Staates vor-

Artykuł 1

Właściwe władze obu Umawiających się Stron przekażą sobie wykaz instytucji łącznikowych ustalonych zgodnie z artykułem 1 punkt 6 Umowy.

Artykuł 2

1. Składki z tytułu ustawowego ubezpieczenia emerytalnego Republiki Federalnej Niemiec, które po dniu 31 grudnia 1969 roku do wejścia w życie Umowy zostały wpłacone przez polskich pracodawców za pracowników wysłanych, będą na wniosek instytucji łącznikowej Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej zwrócone przez instytucję łącznikową Republiki Federalnej Niemiec.

2. Zwrot składek następuje za pośrednictwem instytucji łącznikowej Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej. Zwraca ona składki pracownikowi, o ile on sam te składki uiszczał, a w innych przypadkach — pracodawcy.

3. Jeżeli pracownicy wysłani korzystali z ustawowych świadczeń ubezpieczenia emerytalnego, wydatki z tego tytułu odlicza się od kwot podlegających zwrotowi.

4. Z chwilą wpływu kwot podlegających zwrotowi do instytucji łącznikowej Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej wygasają w stosunku do instytucji ubezpieczeń rentowych Republiki Federalnej Niemiec wszelkie roszczenia z tytułu tych składek jak również z tytułu okresów zatrudnienia, za które składki te opłacono.

Artykuł 3

W stosunku do pracowników wysłanych, którzy w dniu wejścia w życie Umowy są zatrudnieni na obszarze drugiej Umawiającej się Strony, termin określony w artykule 4 ustęp 1 i 2 oraz w artykule 7 ustęp 2 Umowy biegnie od tego dnia.

Artykuł 4

Jeżeli w myśl artykułów 4 do 6 Umowy pracownik nie podlega:

- przepisom prawnym Republiki Federalnej Niemiec, to nie stosuje się do niego ani do jego pracodawcy przepisów o dodatkach na dzieci (Kindergeld) ani też przepisów wynikających z ustawy o Funduszu Aktywizacji (Arbeitsförderungsgesetz) dotyczących obowiązku uiszczania składek, rozkładania kosztów (Beitrags- und Umlagepflicht) oraz świadczeń,
- przepisom prawnym Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, to nie stosuje się do niego ani do jego pracodawcy przepisów o odszkodowaniach z tytułu wypadków przy pracy i chorób zawodowych.

Artykuł 5

Umowami w rozumieniu artykułu 2 ustęp 3 litera a Umowy są również wielostronne konwencje, które obowiązują jedną z Umawiających się Stron.

Artykuł 6

Niniejszy Protokół stanowi integralną część Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową o ubezpieczeniu społecznym pracowników wysłanych przejściowo na obszar drugiego Państwa.

übergehend entsandt werden. Es tritt an dem selben Tag in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebenso lange wie dieses in Kraft.

Wchodzi on w życie w dniu wejścia w życie Umowy i obowiązuje tak długo jak Umowa.

GESCHEHEN zu Warschau am 25. April 1973 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

PROTOKÓŁ SPORZĄDZONO w Warszawie w dniu 25 kwietnia 1973 roku w dwóch oryginałach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty mają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec
R u e t e

Für die Volksrepublik Polen
W imieniu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej
B i a l c z y n s k i

Denkschrift zum Abkommen

I. Vorbemerkung

Im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen werden in zunehmendem Maße polnische Arbeitnehmer zur Erledigung von Arbeiten von Firmen vorübergehend in die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Arbeitnehmer in die Volksrepublik Polen entsandt. Das vorliegende Abkommen soll die dadurch entstehenden Probleme der Sozialversicherung regeln, insbesondere soll sichergestellt werden, daß diese Arbeitnehmer in dem Sozialversicherungssystem ihres Heimatlandes eingegliedert bleiben und im Krankheitsfall ärztliche Betreuung im Aufenthaltsland erhalten.

II. Abkommen

Artikel 1 enthält die Erläuterung der in den nachfolgenden Artikeln wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Artikel 2 legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest. Es erstreckt sich in der Bundesrepublik Deutschland auf die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Rentenversicherung.

Nach Absatz 2 bezieht sich das Abkommen auch auf künftig in Kraft tretende einschlägige Rechtsvorschriften, durch die die in Absatz 1 aufgeführten Rechtsvorschriften zusammengefaßt, geändert oder ergänzt werden.

Nach Absatz 3 sind Rechtsvorschriften, die sich aus zwischenstaatlichen Verträgen eines der Vertragsstaaten mit einem dritten Staat oder aus dem Recht der Europäischen Gemeinschaften (z. B. in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland aus den Verordnungen des Rates der Europäischen Gemeinschaften) ergeben oder zu deren Ausführung dienen, bei Anwendung dieses Abkommens nicht zu berücksichtigen.

Artikel 3 enthält den Grundsatz, daß die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit des Vertragsstaates anzuwenden sind, in dessen Gebiet der betreffende Arbeitnehmer beschäftigt ist. Das entspricht dem deutschen innerstaatlichen Sozialversicherungsrecht. Von dieser Grundregel enthalten die Artikel 4 bis 6 eine Reihe von Ausnahmen.

Artikel 4 sieht vor, daß auf entsandte Arbeitnehmer für die ersten 24 Monate ihrer Entsendung in den anderen Vertragsstaat die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit des Beschäftigungsstaates nicht anwendbar sind, und daß diese Arbeitnehmer weiterhin den bis dahin anzuwendenden Rechtsvorschriften unterliegen. Auf Antrag des Arbeitgebers mit Zustimmung des Arbeitnehmers kann das

Arbeitsministerium des Beschäftigungsstaates die Befreiung von der Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaates auf einen nicht begrenzten Zeitraum verlängern.

Artikel 5 stellt sicher, daß für Personen, die unter das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen fallen, dieses Übereinkommen für die Anwendung der Rechtsvorschriften im Sinne des Artikels 2 des Abkommens unberührt bleibt. Diesem Wiener Übereinkommen sind beide Vertragsstaaten beigetreten.

Artikel 6 enthält die auch sonst in ähnlichen mit westlichen Ländern geschlossenen Abkommen übliche Regelung, daß die Arbeitsministerien der beiden Vertragsstaaten für einzelne Arbeitnehmer oder für Gruppen von Arbeitnehmern Abweichen des zu den Bestimmungen der Artikel 3 bis 5 vereinbaren können.

Artikel 7 bis 10 bestimmen Näheres über die Gewährung von Sachleistungen bei Krankheit, Mutterschaft und Arbeitsunfällen von entsandten Arbeitnehmern. Die Krankenbetreuung von Touristen bei Reisen in den anderen Vertragsstaat ist in dem Abkommen nicht geregelt. Es finden z. Z. Verhandlungen hierüber statt.

Nach Artikel 7 Absatz 1 haben entsandte polnische Arbeitnehmer, die von der Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften befreit sind, oder für die eine Ausnahmerevereinbarung nach Artikel 6 getroffen worden ist, das Recht auf freiwilligen Beitritt zur Allgemeinen Ortskrankenkasse. Innerstaatliche deutsche Vorschriften über Wartezeit, Höchstalter oder Höchstgrenze des Einkommens sind ohne Bedeutung. Der Antrag ist innerhalb von drei Wochen nach Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland zu stellen (Artikel 7 Abs. 2).

Artikel 7 Absatz 3 sieht vor, daß entsandte polnische Arbeitnehmer, die der deutschen Krankenversicherung beigetreten sind und einen Arbeitsunfall erlitten haben, Sachleistungen durch die örtlich zuständige Allgemeine Ortskrankenkasse erhalten. Die innerstaatliche Lastenverteilung zwischen den Trägern der Unfallversicherung und der Krankenversicherung soll in Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes geregelt werden.

Artikel 8 sieht als Gegenstück zum Beitrittsrecht zur Krankenversicherung für die in die Bundesrepublik Deutschland entsandten polnischen Arbeitnehmer vor, daß die in die Volksrepublik Polen entsandten deutschen Arbeitnehmer berechtigt sind, in Polen im Falle der Krankheit und Mutterschaft durch die Einrichtungen des sozialen Gesundheitsdienstes Sachleistungen in Anspruch zu nehmen, und zwar gemäß den Bestimmungen, welche die Grundsätze der Inanspruchnahme dieser Leistungen durch Ausländer regeln. Das gleiche Recht haben die Familienangehörigen der entsandten Arbeitnehmer, die sich in der Volksrepublik Polen aufhalten.

Artikel 9 erstreckt das Beitrittsrecht zur Krankenversicherung bzw. das Recht auf Inanspruchnahme der Einrichtungen des sozialen Gesundheitsdienstes auch auf die Arbeitnehmer, für die zwischen den Arbeitsministerien eine Vereinbarung nach Artikel 6 getroffen worden ist, und auf ihre Familienangehörigen.

Artikel 10: Aus Artikel 7 Absatz 3 des Abkommens ergibt sich, daß den polnischen Rechtsvorschriften unterliegende polnische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht der deutschen Krankenversicherung beigetreten sind, grundsätzlich keinen Anspruch auf Sachleistungen bei Arbeitsunfällen haben. Eine Ausnahme ist in Artikel 10 Absatz 1 nur für die Fälle der Erstversorgung vorgesehen. Damit haben alle entsandten polnischen Arbeitnehmer Anspruch auf Erstversorgung, und zwar gleichgültig, ob sie von ihrem Beitrittsrecht zur deutschen Krankenversicherung Gebrauch gemacht haben.

Artikel 10 Absatz 2 sieht eine Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern von entsandten Arbeitnehmern und den für den Arbeitsschutz und der Unfallverhütung zuständigen Trägern vor.

Die Artikel 11 bis 14 enthalten die auch sonst üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen, insbesondere gewähren sich die Behörden und Träger gegenseitig unentgeltlich Amts- und Rechtshilfe bei der Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens.

Artikel 15 enthält die zwischen den Regierungen ausgehandelte Berlin-Klausel.

Artikel 16 und 17 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen.

Schlußprotokoll

Artikel 1 bestimmt, daß die Arbeitsministerien sich gegenseitig die von ihnen bestimmten Verbindungsstellen mitteilen werden.

Artikel 2 sieht vor, daß die von polnischen Firmen für entsandte polnische Arbeitnehmer seit Januar 1970 gezahlten Rentenversicherungsbeiträge zurückgezahlt werden, nicht dagegen die Beiträge zur Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung. Bei Inanspruchnahme von Regelleistungen der Rentenversicherung werden die Aufwendungen hierfür von den zurückzuzahlenden Beiträgen abgesetzt.

Artikel 3 enthält eine Übergangsvorschrift: Er bestimmt Näheres über den Beginn der Frist in Artikel 4 Absätze 1 und 2 (Entsendefrist von 24 Monaten) und in Artikel 7 Absatz 2 (Antrag auf Beitritt zur gesetzlichen Krankenversicherung).

Artikel 4 enthält eine Ergänzung zu den Artikeln 4 bis 6 des Abkommens. Er stellt klar, daß für die von den deutschen Rechtsvorschriften befreiten polnischen Arbeitnehmer auch nicht die Bestimmungen über das Kindergeld und des Arbeitsförderungsgesetzes anwendbar sind.

Artikel 5 ist eine Ergänzung zu Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a des Abkommens: Auch Rechtsvorschriften aus multilateralen Übereinkommen, die für eine Vertragspartei verbindlich sind, sind nicht zu berücksichtigen.

Artikel 6 sieht vor, daß das Schlußprotokoll Bestandteil des Abkommens ist und die gleiche Geltungsdauer wie dieses hat.